

Anselm Schindler

Rojava. Demokratie ohne Staat?

Was ist der Demokratische Konföderalismus? Wie hat er sich historisch entwickelt und inwiefern drücken sich in diesem Modell radikaldemokratische Ideen aus?

Der Demokratische Konföderalismus ist weniger eine Ideologie oder ein Modell, sondern mehr eine Methode, mit der sich die Gesellschaft organisieren kann. Demokratischer Konföderalismus bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die sich selbst verwaltende Gesellschaft. Es geht dabei darum, die Entscheidungsfindung für gesellschaftliche, politische und ökonomische Fragen möglichst dezentral zu gestalten und darum, dass die, die von einer Entscheidung betroffen sind, auch die sind, die sie treffen. Und es geht darum, dass die Menschen ihr Leben in die eigene Hand nehmen und zentralistische, hierarchische Systeme überwunden oder abgebaut werden. In der Praxis, wie sie in verschiedenen Teilen Kurdistans, vor allem aber in Rojava, also Syrisch-Kurdistan umgesetzt wird, umfasst das alle Lebensbereiche. Von der Selbstverwaltung in den Stadtteilen und Dörfern über Kooperativen bis hin zu Sicherheit und Selbstverteidigung.

Die Entstehung dieser Praxis und der Ideen des Demokratischen Konföderalismus kann nicht ohne die Geschichte der kurdischen Freiheitsbewegung und die Geschichte der kurdischen Arbeiter*innenpartei PKK verstanden werden: Die PKK begann in den 1970er und 1980er Jahren den bewaffneten und zivilgesellschaftlichen Kampf gegen den türkischen Kolonialismus und die feudalistisch-patriarchalen Gesellschaftsstrukturen in Kurdistan. Die Ideologie der 1978 gegründeten Kurdischen Arbeiter*innenpartei PKK war die Ideologie des Marxismus-Leninismus maoistischer Prägung. Allerdings begab sich die PKK nie in eine starke Abhängigkeit zur Sowjetunion, weder logistisch noch

ideologisch. Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus stellten sich viele der marxistisch-leninistischen Paradigmen zur Disposition und das hat in der kurdischen Freiheitsbewegung zu einer intensiven Reflexion über die Rolle des Nationalstaates und staatlicher Autorität im Allgemeinen geführt.

Der Staat wurde als Ausgangspunkt von Unterdrückungsmechanismen wie Sexismus, Rassismus und Nationalismus analysiert und nicht mehr nur als Überbau oder Verdichtung von Klassegegensätzen. Insbesondere die Analyse des Patriarchats und dessen historische Entstehungsgeschichte spielt dabei eine Rolle, in der Herrschaft des Mannes über die Frau sieht die kurdische Befreiungsbewegung die Keimzelle der staatlichen Gewaltherrschaft. Die patriarchal organisierte Kleinfamilie analysiert sie als die kleinste Zelle etatistischer Herrschaft.

Abdullah Öcalan, der seit 20 Jahren inhaftierte Vorsitzende der PKK, beschreibt den Demokratischen Konföderalismus als Alternative zur sozialistischen Machtübernahme. Inspirieren lassen hat sich Öcalan dabei immer wieder auch von verschiedenen linken Theoretiker*innen und Philosoph*innen, allen voran aber vom US-amerikanischen Ökosozialisten Murray Bookchin. Viele der Ideen Öcalans sind nicht neu – im Gegenteil: In der Ideologie, auf der der Demokratische Konföderalismus fußt, tauchen Versatzstücke verschiedener sozialistischer und libertärer Traditionen der letzten Jahrhunderte auf.

Öcalan zieht eine Linie, die von der Steinzeit bis heute reicht. Es ist die Tradition von gegenseitiger Hilfe, Solidarität und den Aufständen gegen Unterdrückung. Diese Linie, argumentiert Öcalan, hat schon immer parallel zu den staatlichen Herrschaftssystemen existiert. Eine Geschichtsanalyse, die sich stark von den oft deterministischen Vorstellungen des Marxismus-Leninismus mit seinen Stufenmodellen unterscheidet.

Der von dir erwähnte Abdullah Öcalan hat 2005 erstmals das Konzept des Demokratischen Konföderalismus ausgerufen. In vielen kurdisch verwalteten Gebieten wurde daraufhin an dessen praktischer Umsetzung gearbeitet. In vielen dieser Gebiete gab es aber auch bereits davor gesellschaftliche Organisationsprozesse durch Räte und Komitees, beispielsweise im von dir bereisten Rojava. Wie funktioniert dort die praktische Umsetzung des „Demokratischen Konföderalismus“? Welche Aspekte haben sich bewährt?

Die Kommunen bilden das Herz der demokratischen Autonomie in Rojava. Kommunen sind Zusammenschlüsse von mehreren dutzend bis mehreren hundert Haushalten in Straßenzügen, Stadtteilen oder Dörfern. Pro Kommune gibt es ein Mala Gel, ein Volkshaus und weitere Räumlichkeiten für Frauen und Jugendliche, in denen sich die Menschen regelmäßig treffen, um sich zu bilden und zu diskutieren. In regelmäßigen Abständen, im Regelfall aber spätestens jeden zweiten Monat wird in Sitzungen über anstehende Entscheidungen abgestimmt. Weil natürlich nicht alle Entscheidungen auf kommunaler Ebene gefällt werden können, gibt es auch Räte für größere Gebiete, in welche von den Kommunen Delegierte entsandt werden. Die Kommune wird jeweils von zwei Sprecher*innen vertreten, jeweils mindestens eine Person muss eine Frau sein.

Auf jeder Ebene des Rätensystems gibt es Kommissionen, die sich um die Umsetzung der Beschlüsse in den Räten kümmern. Auch was die Wirtschaft betrifft, wird in Rojava nach Möglichkeiten gesucht, es geht dabei darum, ein demokratisches Wirtschaftssystem aufzubauen, in dem die Bedürfnisse der Menschen und die demokratische Kontrolle über die Produktionsmittel im Vordergrund stehen. Versucht wird das über ein System von Kooperativen, wichtige Teile der Landwirtschaft und Industrie wurden bereits kollektiviert. Doch das sind nur die Anfänge, große Teile der Wirtschaft sind nach wie vor kapitalistisch organisiert und auch die Kooperativen stehen auf dem Markt in Konkurrenz zu kapitalistischen Unternehmen. Von

einer sozialistischen Wirtschaft kann also nur ansatzweise die Rede sein, aber es gibt ernst gemeinte Versuche, Schritte in diese Richtung zu gehen.

Welche Schwierigkeiten gibt es da?

Der Aufbau einer anderen Gesellschaft ist voller Widersprüche: In Rojava sind nicht vom einen auf den anderen Tag alle Menschen Revolutionär*innen geworden. Es ist eine Gesellschaft, die von Jahrtausenden Patriarchat, von einer konservativen Auslegung des sunnitischen Islam und anderen Formen der Unterdrückung geprägt wurde. Vor dem Ersten Weltkrieg standen die Menschen in Syrien unter der Kontrolle der Osmanen und lokaler Fürsten, nach dem Weltkrieg unter der neokolonialen Besatzung der Franzosen und dann ab den 60ern unter der Kontrolle der Assads. Nach so langer Zeit von Fremdbestimmung und Zentralismus auf einmal dazu aufgefordert zu werden, alles zu verändern, überfordert natürlich, und nicht wenige Menschen wollen einfach in Ruhe leben aber sich politisch nicht einbringen. Der Knackpunkt liegt in der Frage: Wie können die Menschen Bewusstsein über ihre Lage entwickeln und wodurch wächst die Chance auf Emanzipation und Teilnahme an den Rätestrukturen?

Die Lösung dieser Frage ist harte Arbeit von politisch bewussten Leuten. Von Leuten, die sich als Kader*innen der Revolution verstehen. Die von Haus zu Haus ziehen, um mit den Leuten ins Gespräch zu kommen, die Initiativen starten und die Menschen zusammenbringen, bis sich die Organisationsprozesse verselbstständigen. Ohne diese Leute, die in der Tradition der kurdischen Arbeiter*innenpartei stehen, wäre die Rojava-Revolution nicht möglich.

Vorangegangenen Revolutionen wie die sozialistischen Aufbrüche in Russland und Asien nach den Weltkriegen standen vor ähnlichen Herausforderungen wie heute in Rojava. Dort wurde die Rolle der revolutionären Initiativkraft von Kommunistischen Parteien erfüllt,

die schnell zu Massenorganisationen heranwuchsen, aber oft auch sehr autoritär und bürokratisch waren. Viel davon war sicherlich der jeweiligen historischen Situation geschuldet – die Bolschewiki zum Beispiel machten ihre Revolution zum Ende eines Welt- und zu Beginn eines Bürgerkrieges. In der kurdischen Freiheitsbewegung hat man die Dynamiken der vorhergegangenen Revolutionen analysiert und die Idee der revolutionären Avantgardepartei transformiert. Auch die kurdischen Arbeiter*innenpartei (PKK) in Nordkurdistan oder die Partei der Demokratischen Einheit (PYD) in Rojava sind noch relativ zentralistisch, doch sie versuchen nicht die Gesellschaft zu beherrschen, sondern stoßen Selbstorganisationsprozesse an.

Wie geht die Umsetzung des Demokratischen Konföderalismus in Rojava mit der kulturellen und religiösen Pluralität in der Region um? Wird sie in erster Linie von Kurd*innen unterstützt?

Es ist nicht so lange her, da ging es der kurdischen Freiheitsbewegung noch vordergründig um Kurdistan. Aber schon als die PKK 1978 gegründet wurde, waren im innersten Kern der Partei neben Kurd*innen auch türkische Linke. Und gerade in den vergangenen Jahren wurde das erweitert: In den Reihen der YPG, der Volksverteidigungseinheiten, und der YPJ, der Fraueneinheiten, kämpfen in Syrien Araber*innen, Turkmen*innen, Tscherkess*innen, Suryoye – diese Liste ließe sich noch eine ganze Weile fortsetzen. Also Menschen mit verschiedenen ethnischen, religiösen, sprachlichen oder kulturellen Zugehörigkeiten und Hintergründen. Genauso ist es in den Syrian Democratic Forces (SDF), einem Milizen-Bündnis, das für den Kampf gegen Daesh gegründet wurde und von den YPG angeführt wird.

Der Nationalismus ist, wie auch in Europa, eines der Hauptprobleme im Nahen Osten. Die Nationalstaaten entstanden in der Region nach dem Ersten Weltkrieg, oft unter Federführung westlicher Besatzungsmächte. Und die nationalstaatlichen Regime haben immer wieder versucht ethnisch, religiös oder kulturell homogene

Staatsvölker zu schaffen. In der Praxis ist das immer wieder im Genozid und in Vertreibung und Assimilierung geendet. Wie in der Türkei mit den Armenier*innen und dann später den Kurd*innen. Oder auch im Iran oder in den arabischen Staaten, auch dort gab es furchtbare Massaker.

Was in Rojava aufgebaut werden soll ist das Gegenteil einer (kurdischen) Hegemonie, dort wird kein Kurdistan aufgebaut, sondern ein System für alle Identitäten. Auch im Rätssystem und in den Schulen wird darauf ein Schwerpunkt gelegt. Trotzdem ist es nicht so, dass das vom einen auf den anderen Tag gelingt. Rassismus, Nationalismus und religiöser Fundamentalismus verschwinden nicht, nur weil Revolution ist. Und auch in Rojava gibt es noch Vorurteile und Missgunst vor allem zwischen dem arabischen und dem kurdischen Teil der Bevölkerung. Aber es gibt auch viele Fortschritte, gerade bei den Jugendlichen, das erlebt man vor allem im Alltag immer wieder.

Was können progressive Bewegungen in Europa von der Praxis des Demokratischen Konföderalismus lernen?

Rojava zeigt, wie wichtig es ist, dass wir uns als Linke als Teil der Gesellschaft begreifen – nicht als Teil des politischen Systems natürlich, aber als Teil der Menschen, die in ihm leben. Und dass wir den Zugang zur Bevölkerung zurückgewinnen müssen und aufhören müssen ihn uns durch Szenehabe, durch vermeintliche moralische Überlegenheit, elitäre Sprache oder Isolation in der Subkultur selbst zu verbauen. In vielen linken Bewegungen ist das heute bereits Konsens, doch in der Praxis ist es gar nicht so einfach, alte, eingespielte Muster zu überwinden. Gerade in der Situation der Staatsfaschisierung und des gesellschaftlichen Rechtsrucks. Und Rojava zeigt: Wenn wir die Menschen für uns und für unsere Ideen gewinnen wollen, werden wir einen langen Atem brauchen.

Das Gespräch führte Markus Gönitzer.